

# Chancengleichheit

Die Grundschule zu organisieren ist für die kommunalen Verwaltungen Jahr für Jahr ein regelrechter Kraftakt. Kommen in diesem oder jenem Wohnviertel neue Klassen hinzu? Werden sich genug qualifizierte Lehrer finden? Kann das neue Schulgebäude, das für den Schulbeginn fest eingeplant wurde, überhaupt rechtzeitig fertiggestellt werden?

Die Bemühungen der kommunalen Bediensteten und der Lehrerschaft, möglichst gute Bedingungen für die Schüler zu schaffen, werden oft dadurch zurückgeworfen, dass die Uhren auf Regierungsebene anders ticken und die tatsächlichen Bedürfnisse der Schulorganisation auf kommunaler Ebene, sofern sie überhaupt erkannt, beziehungsweise zur Kenntnis genommen werden, weitgehend ignoriert werden.

Das hat dazu geführt, dass es einen chronischen Mangel an gut ausgebildeten Lehrern gibt und die Zahl der vom Erziehungsministerium bewilligten Kontingent-Stunden seit Jahren zurückgeht. Was zur Folge hat, dass die durchschnittliche Schülerzahl pro Klasse nicht wesentlich gesenkt werden kann.

Das ist Teil der vorherrschenden Sparideologie, die von der Regierung, zwar nicht der Aufrüstung der Armee, so doch dem Erziehungsbereich verordnet wird, wie das immer schon unter CSV-Regierungen der Fall war

Hinzu kommt, dass die Lehrer inzwischen mit bürokratischen Arbeiten überhäuft sind, während die Schüler mit Tablets beschenkt werden, so als mache die Digitalisierung das Schulwesen automatisch leistungsfähiger und führe dazu, dass die Schüler schneller und besser lesen und schreiben lernen.

Viele Lehrer sind inzwischen zu der Schlussfolgerung gekommen, dass das Gegenteil der Fall ist. Tatsächlich kaschiert das „digitale Klassenzimmer“, das der neoliberale Erziehungsminister als Vorzeigeprojekt propagiert, die vorherrschenden Defizite lediglich und

trägt dazu bei, dass sich die Ungleichheiten weiter verschärfen. Einzige Gewinner sind die US-Konzerne Apple und Microsoft, die sich an dem Verkauf von Tablets und Software dumm und dämlich verdienen.

Die öffentliche Grundschule in Luxemburg entwickelt sich seit Jahren immer weiter weg von einer „Schule der Chancengleichheit“ und wird ihrem Anspruch, den sozialen Ungleichheiten in der bestehenden Klassengesellschaft zumindest entgegenzuwirken, nicht gerecht. Sie trägt damit indirekt dazu bei, dass Bildung ein Privileg für die Kinder der Besserverdienenden und akademisch gebildeter Eltern bleibt. Auf der Strecke bleiben dann oft die Kinder aus einkommensschwachen Arbeiterfamilien.

Damit sich das ändert, ist es erforderlich, dass deutlich mehr Gelder in die öffentliche Schule fließen, in die Infrastrukturen und in die Ausbildung von Lehrern und Erziehern, so dass die Zahl der Schüler in den Klassen gesenkt und mehr Zeit aufgewendet werden kann, um schwächeren Schülern zu helfen. Das heißt auch, dass das Unterrichtsstunden-Kontingent deutlich aufgestockt werden muss.

Ali Ruckert ist Präsident der Kommunistischen Partei Luxemburgs

In diesem Sinn setzt sich die KPL dafür ein, dass das Bildungsbudget um mindestens 30 Prozent erhöht und die Zahl der ausgebildeten Lehrer und Erzieher in der Grundschule deutlich angehoben wird, die Klasseneffektivität radikal gesenkt, die Hausaufgabenhilfen verallgemeinert werden und das gesamte Schulmaterial kostenfrei zur Verfügung gestellt wird. ● Ali Ruckert